

Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an die 2. Tagung des 4. Bundesparteitages der Partei DIE LINKE, Berlin, 9. bis 11. Mai 2014

Gemäß § 9 (5) des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland und § 15 (2) e der Bundessatzung der Partei DIE LINKE legt der Parteivorstand dem Bundesparteitag einen Tätigkeitsbericht vor. Der Berichtszeitraum begann mit der Wahl des Parteivorstandes auf dem 3. Bundesparteitag am 2. und 3. Juni 2012 in Göttingen. Redaktionsschluss für diesen Bericht war der 23. März 2014.

Abschied von Lothar Bisky

Am 13. August 2013 verstarb der langjährige Vorsitzende der PDS und Gründungsvorsitzende der Partei DIE LINKE, der überzeugte Europäer und ehemalige Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL im Europaparlament Prof. Lothar Bisky.

Sein Tod hat die Partei tief erschüttert, sein Wirken weit über die Partei hinaus hohe Anerkennung gefunden und nachhaltige Spuren hinterlassen. Am 14. September 2013 folgten hunderte Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft und Politik aus dem In- und Ausland, Freundinnen und Freunde, Mitglieder unserer Partei der Einladung des Parteivorstandes zu einer Gedenkveranstaltung in Berlin und nahmen gemeinsam Abschied von Lothar Bisky.

Seiner Familie haben wir unser tiefes Mitgefühl ausgesprochen, sein politisches Vermächtnis bleibt für unsere Partei eine beständige Herausforderung.

Grundlagen der Arbeit des Parteivorstandes

Der Parteivorstand arbeitete auf Grundlage des Parteiprogramms, der Bundessatzung, der Ordnungen der Partei, der 2009 und 2014 beschlossenen Europawahlprogramme, der 2009 und 2013 beschlossenen Bundestagswahlprogramme und der weiteren 2007 beschlossenen Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE. Im Berichtszeitraum gaben die Bundesparteitage die grundsätzliche Orientierung für die Vorstandsarbeit:

Die 1. Tagung des 3. Parteitag der Partei DIE LINKE am 2. und 3. Juni 2012 in Göttingen, hier besonders die Beschlüsse:

- Solidarisch, ökologisch, gerecht, emanzipatorisch, demokratisch, friedlich - hier und in Europa
- Kein NATO-Raketenschirm in Europa! Für Abrüstung und kollektive Sicherheit
- Kein neuer Krieg im Nahen Osten - Keine Militärintervention in Syrien - Der Khofi-Annan-Plan darf nicht scheitern
- Solidarität mit den Schlecker-Beschäftigten - Unternehmens-Aus darf nicht akzeptiert werden
- Nein zum Krieg gegen den Iran - Sanktionen beenden!
- Rio + 20: Globale Gerechtigkeit statt "grüner" Kapitalismus
- Änderungen der Bundessatzung der Partei DIE LINKE

Die 2. Tagung des 3. Parteiages der Partei DIE LINKE am 14. bis 16. Juni 2013 in Dresden, hier besonders die Beschlüsse:

- Taksim ist überall! Solidarität mit der Bewegung in der Türkei
- Gemeinsam und solidarisch! (Resolution zur Hochwasserkatastrophe)
- Sofortiger Ausstieg aus dem militärischen Drohnenprogramm
- Solidarität mit den Beschäftigten der Rundfunkanstalten in Griechenland!
- Protest gegen das von der Duma verabschiedete "Gesetz gegen homosexuelle Propaganda"
- Gerechtigkeit für Gustl Mollath!

Die 1. Tagung des 4. Parteiages der Partei DIE LINKE am 15. bis 16. Februar 2014 in Hamburg, hier besonders die Beschlüsse:

- Solidarität mit dem sozialistischen Kuba! Solidarität mit dem Integrationsprozess in Lateinamerika!
- Refugees welcome! - Geflüchtete willkommen heißen!
- Transatlantisches Freihandelsabkommen verhindern
- Beteiligung an den Blockupy-Protesten 2014
- In Deutschland und Europa: Für das Recht von Frauen auf Abtreibung – Gegen die konservativ-reaktionäre Familienideologie
- Leben muss sich wieder lohnen. Perspektiven schaffen für die Jugend Europas!
- Bleiberecht für Familie Maksimovic. Humanität und Solidarität statt

Alle von Bundesparteitagen an den Parteivorstand überwiesenen Anträge (bis auf die vom Hamburger Parteitag überwiesenen) wurden von diesem bis zum März 2013 beraten und entschieden.

Der Parteivorstand regelte seine Tätigkeit mit Sitzungs- und Terminplänen sowie einer Geschäftsordnung. Er hatte satzungsgemäß 44 Mitglieder. Im Berichtszeitraum gab es in dem vom 2. Parteitag gewählten Parteivorstand keine personellen Veränderungen. Der Geschäftsführende Parteivorstand bestand satzungsgemäß aus 12 Mitgliedern. Es waren dies außer den vom Parteitag nach § 19 (1) a bis d gewählten Mitgliedern (Katja Kipping, Bernd Riexinger, Jan van Aken, Caren Lay, Axel Troost, Sahra Wagenknecht, Matthias Höhn und Raju Sharma) noch Heinz Bierbaum, Christine Buchholz, Katina Schubert und Biggi Ostmeyer, die in der konstituierenden Sitzung am 24. Juni 2012 gewählt wurden. Bei einer Klausur am 8. und 9. September 2012 berief der Parteivorstand Matthias Höhn als Bundeswahlkampfleiter. Weitere Parteivorstandsmitglieder wurden als Verantwortliche für einzelne Politikfelder bestimmt.

Die Personalverantwortung im Parteivorstand übten die Parteivorsitzenden und in deren Auftrag der Bundesgeschäftsführer in Abstimmung mit dem Bundesschatzmeister aus. Personalentscheidungen wurden im Geschäftsführenden Parteivorstand getroffen. Die Stellenpläne 2013 und 2014 wurden im Parteivorstand im Rahmen des Finanzplanes beschlossen.

Im Berichtszeitraum standen die Planung und Durchführung des Bundestags- und des Europawahlkampfes, die Begleitung der Kommunal- und Landtagswahlkämpfe sowie die Parteientwicklung im Mittelpunkt der Vorstandsarbeit. Der Parteivorstand tagte 19 Mal und der Geschäftsführende Parteivorstand führte 87 Beratungen durch, um Entscheidungen zu operativen Vorgängen, Finanz- und Personalfragen zu treffen sowie die Sitzungen des Parteivorstandes vor- und nachzubereiten. Über die Sitzungen des Parteivorstandes und dessen Beschlüsse wurde ausführlich in Sofortinformationen der Bundesgeschäftsführung, im Internet und im

Newsletter der Partei informiert. Alle Beschlüsse (sofern sie nicht Personalfragen betrafen) wurden im Internet veröffentlicht. Im I. Quartal 2014 konstituierte der Parteivorstand mehrere Arbeitsgruppen zur Parteientwicklung, die über das Jahr 2014 an den Themen - Vernetzung in der Partei, Kampagnenentwicklung und -führung, Mitgliedergewinnung und -pflege, kommunalpolitische Akteur_innen unterstützen, Bildung, Qualifizierung und Nachwuchs, außerparlamentarische Verankerung, Finanzierung und Strukturen - weiter arbeiten werden.

Nach dem Göttinger Parteitag war die Positionierung der LINKEN stark durch die Einladung und das „Zuhören“ geprägt, die vor allem durch die Äußerungen der Parteiführung repräsentiert waren. Dieses Auftreten wurde begleitet und ausgebaut, indem Ratschläge und Gesprächsrunden eingerichtet wurden, die die Verankerung der LINKEN bei sozialen Bewegungen, NGOs, Gewerkschaften und Intellektuellen verbessern sollen.

Großen Raum nahm die Arbeit an den Wahlprogrammen zur Bundestags- (ab Oktober 2012) und zur Europawahl (ab September 2013) ein. Die Erarbeitung des Bundestagswahlprogramms war mit einem aufwändigen Beteiligungsverfahren verbunden, bei dem Vorschläge und Beiträge sowohl aus der Fraktion, den Zusammenschlüssen als auch von interessierten Mitgliedern aufgegriffen werden sollten. Hierzu wurde ein Blog eingerichtet und zu Zuschriften eingeladen, die beantwortet und ausgewertet wurden. Darüber hinaus wurde der erste Entwurf in vier Regionalkonferenzen diskutiert.

Der Parteivorstand bemühte sich um die Einbeziehung und Vernetzung der unterschiedlichen Gliederungsebenen:

- Die Parteivorsitzenden berieten regelmäßig mit dem Vorstand der Bundestagsfraktion. Es fanden acht Beratungen des Geschäftsführenden Parteivorstandes mit den Landesvorsitzenden, Landessprecherinnen und Landessprechern und Vertreterinnen und Vertretern des Bundesausschusspräsidiums statt. Einmal im Jahr fanden diese Treffen gemeinsam mit den Mitgliedern der Fraktionsvorsitzendenkonferenz statt. Auf Einladung des Bundesgeschäftsführers und des Bundesschatzmeisters kam es zu einer gemeinsamen Beratung der Landesgeschäftsführerinnen und Landesgeschäftsführer und Landesschatzmeisterinnen und Landesschatzmeister.
- An 22 Terminen wurden gemeinsame Beratungen des Bundeswahlbüros und der Landesgeschäftsführerinnen und Landesgeschäftsführer zur Vorbereitung und Auswertung von Wahlkämpfen durchgeführt.
- Während der Sommermonate 2012 und 2013 gab es eine Sommertour der Parteivorsitzenden durch die Landesverbände. Die Parteidebatte fand als Blog auf der Webseite statt und führte zu zahlreichen Meinungsäußerungen und Vorschlägen. Auch die Massentelefonkonferenzen mit den Parteivorsitzenden haben zur Verständigung innerhalb der Partei beigetragen.

Ausgelöst durch einen überwiesenen Parteitagsantrag beauftragte der Parteivorstand eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines Konzeptes zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Der Entwurf wurde in mehreren Gremien, u.a. im Bundesausschuss, beraten und im Parteivorstand im März beschlossen. Im Zuge dieser Arbeit fand der Anspruch auf Barrierefreiheit deutlich mehr Beachtung in der Arbeit des Parteivorstandes und der Bundesgeschäftsstelle.

Veranstaltungen und Aktionen

Das „Fest der Linken“ hat jährlich Tausende Besucherinnen und Besucher angelockt. In enger Kooperation mit dem Neuen Deutschland, der Bundestagsfraktion, der Partei der Europäischen Linken, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, den Landesverbänden und Landtagsfraktionen der Partei sowie weiteren Partnerinnen und Partnern hat diese überregionale kulturelle und politische Großveranstaltung die Traditionslinie fortgeführt. Die jährliche Veranstaltung „Pfingsten mit der LINKEN“ am Werbellinsee blieb eine traditionelle, immer ausgebuchte Veranstaltung der Partei. Die Verleihung des Clara-Zetkin-Frauenpreises in den Jahren 2013 und 2014 waren herausragende Events mit guten Besucherzahlen. Im Jahr 2013 wurde der Ehrenpreis an Frigga Haug verliehen, im Jahr 2014 an Inge Hannemann. Die Aschermittwochsveranstaltungen wurden von der Partei DIE LINKE bei guter Medienberichterstattung ausgerichtet bzw. unterstützt. Auch in den Jahren 2013 und 2014 rief DIE LINKE zum traditionellen Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf. DIE LINKE war beteiligt an den Aktionen zum 1. Mai, an den alljährlichen Ostermärschen, an den Kranzniederlegungen zum Tag der Befreiung und an Aktionen am Welt-Aids-Tag. DIE LINKE hat verschiedene Aktionen gegen Rechts unterstützt, vor allem die jährlichen Proteste zu „Dresden Nazifrei“. Präsent war die Partei auf der Jugendmesse YOU 2013 sowie bundesweit auf den Paraden zum Christopher Street Day. Auf dem Evangelischen Kirchentag 2013 war DIE LINKE mit einem attraktiven Messestand und mehreren Veranstaltungen präsent und es wurde ein Folder produziert. Der Messestand wurde seitdem zu vielen weiteren Ereignissen eingesetzt. Auf dem mehrtägigen Politikfestival im Oktober 2013 war DIE LINKE die einzig prominent vertretene Partei. Die Veranstaltungen rund um die Enthüllung der Gedenktafel im Dezember 2013, etwa die Ausstellung „Ich kam als Gast in Euer Land...“ im KIZ wie auch die Podiumsdiskussionen waren sehr gut besucht und haben auch außerhalb der Partei große Anerkennung gefunden.

Der Parteivorstand führte zwei Bundesfrauenkonferenzen durch. Eine Kreisvorsitzendenberatung wurde zwar terminiert, aber mangels ausreichender Anmeldungen aus den Kreisverbänden nicht realisiert.

Die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Organisationen, die Verankerung in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, der Kontakt und Austausch mit Vereinen und Verbänden waren wichtiger Bestandteil LINKER Politik. Sowohl im 120-Tage-Programm „Den Aufbruch organisieren“ (Juni 2012) als auch in ihrem Diskussionspapier „Verankern, verbreiten, verbinden: Projekt Parteientwicklung. Eine strategische Orientierung für DIE LINKE“ (November 2013) stellten die beiden Parteivorsitzenden die gesellschaftliche Verankerung der LINKEN in den Vordergrund.

DIE LINKE unterstützt aktiv das Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern“ seit seiner Entstehung im Mai 2012. Schwerpunkte waren ein bundesweiter Aktionstag im September 2012 mit 40.000 Menschen in 40 Städten, dezentrale Aktionen im April 2013 in über 100 Städten und eine Demonstration (Bochum) und eine Kundgebung (Berlin) mit insgesamt 15.000 Menschen im September 2013. Für die Forderung nach Wiedereinführung der Vermögensteuer und nach einer einmaligen Vermögensabgabe hat das Bündnis fast 140.000 Unterschriften gesammelt, zu denen DIE LINKE einen gewichtigen Beitrag geleistet hat.

Der Parteivorstand unterstützte ebenfalls das Bündnis „Blockupy“ und die Proteste gegen die Verarmungs- und Krisenpolitik in Europa. Nach der gewaltsam unterbundenen Demonstration des Bündnisses am 1. Juni 2013 unterstützte DIE LINKE intensiv die Aufklärung dieser Vorgänge.

Auch an den dezentralen Aktionen im Mai 2014 sowie den für Herbst geplanten Protesten anlässlich der Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes in Frankfurt am Main ist DIE LINKE aktiv beteiligt.

Der Parteivorstand hat sich außerdem an einer ganzen Reihe von Aktionen, Kampagnen und Gedenktagen öffentlichkeitswirksam beteiligt. Dazu gehörten die Jahresauftaktveranstaltungen der EL, die Aktivitäten zum Tag gegen Gewalt gegen Frauen, zum Internationalen Tag gegen Rassismus, zum Jahrestag der Befreiung, zum Equal Pay Day, die Schweigeminute für die Opfer rassistischer Gewalt, die Aktivitäten am 1. September, am Internationalen Frauentag mit Karten, Anzeigen, Kopiervorlagen, die Beteiligung an der weltweiten Aktion „1 Billion Rising“ gegen Gewalt gegen Frauen, an den Aktivitäten für „Dresden Nazifrei“, dem Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg, an der Demonstration „Freiheit statt Angst“, den Demonstrationen „Wir haben es satt“ (2013 und 2014), die Beteiligung an der Energiewende-Demonstration am 30. November 2013, der Demonstration zum FrauenKampftag 2014, dem Fukushima-Jahrestag, den Protesten zur Befreiung von „Pussy Riot“. DIE LINKE hat die bundesweiten Mietendemos „Keine Profite mit der Miete“ am 28.9.2013 unterstützt und im Dezember 2012 zu dem Thema eine Konferenz in Göttingen abgehalten. Zu diesem Schwerpunkt wurden Türhänger, Plakate und Kopiervorlagen produziert. Auch die Initiative FairWohnen wurde vom Parteivorstand besonders beworben. DIE LINKE hat sich in den Protesten gegen den Fiskalpakt und in Solidaraktionen mit den Generalstreiks in anderen europäischen Ländern engagiert. Auf einem Parteikonvent in Berlin hat DIE LINKE ihre Positionen medienwirksam formuliert. Im Januar 2013 fand anlässlich des 80. Jahrestages der Machtübernahme der Nazis 1933 eine sehr gut besuchte Gedenkveranstaltung unter dem Titel „Gedenken, um zu widerstehen“ im Kino Babylon statt.

Darüber hinaus unterstützte DIE LINKE in verschiedenen bundesweiten Tarifrunden aktiv die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften, zuletzt 2013 vor allem die streikenden Beschäftigten im Einzelhandel und 2014 die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen.

Auf Initiative der Parteivorsitzenden führte der Parteivorstand seit Mai 2012 verschiedene Ratschläge und Diskussionsrunden durch: vier Ratschläge mit Vertreterinnen und Vertretern von sozialen Bewegungen und NGOs, an denen jeweils zwischen 25 und 35 Personen teilnahmen (am 15. Juli 2012, 16. November 2012, 6. Mai 2013 sowie 15. November 2013), zwei Gewerkschaftsratschläge mit jeweils 100 bzw. 80 Kolleginnen und Kollegen (am 1. Februar 2013 sowie am 18. Oktober 2013) sowie zwei „Runden der kritischen Köpfe“ zum Gespräch mit Intellektuellen, Künstlerinnen und Künstlern (am 13. August 2013 sowie am 7. November 2013) mit jeweils ca. 30 Teilnehmenden. Schwerpunkte der Diskussionen in allen Runden waren unsere außerparlamentarischen und parlamentarischen Aktivitäten, unsere gesellschaftliche Rolle mit und im Verhältnis zu unseren Bündnispartnerinnen sowie Anforderungen an Programmatik und Politik der LINKEN.

Darüber hinaus führten Mitglieder des Parteivorstandes Gespräche mit außerparlamentarischen Bündnispartnerinnen und Verbänden durch. So fanden mit folgenden Organisationen Spitzengespräche auf Bundesebene statt (ohne Anspruch auf Vollständigkeit): Deutscher Gewerkschaftsbund, IG Metall, ver.di, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Sozialverband Deutschland, Bündnis für gute Pflege, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband, Türkische Gemeinde Deutschlands, Alevitische Gemeinde Deutschland, Naturfreunde Deutschlands, Deutscher Behindertenrat, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutsch-

lands, Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden, Deutscher Städtetag, Prodialog, OWUS, Klimaallianz, Jobcenter-Personalräte.

Im Zuge der Wahlkämpfe wurden ca. 100 Verbände, Vereine und außerparlamentarische Bündnispartnerinnen regelmäßig über die Aktivitäten und Wahlprogramme der LINKEN informiert. Hinzu kommen weitere, hier nicht detailliert aufzählbare Einzelgespräche, Diskussionsveranstaltungen, die Vertretung sowie die Beteiligung an Veranstaltungen und Aktivitäten wie beispielsweise dem IG Metall Gewerkschaftstag sowie Bezirks- und Jugendkonferenzen, dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der IG BCE, der Parteienabend beim Deutschen Städtetag, der Kirchentag, das OWUS Unternehmertreffen oder Gespräche bei der International Association for the Study of German Politics.

Partei- und Mitgliederentwicklung 2012 bis 2014

Fakten zur Mitglieder- und Parteientwicklung

a) Mitgliederentwicklung

DIE LINKE hat in den Jahren 2012 und 2013 rund 8.400 neue Mitglieder gewinnen können. Gleichzeitig mussten leider viele Verluste durch Austritt, Tod oder aufgrund der Nichtzahlung von Mitgliedsbeiträgen verkraftet werden, sodass die Zahl der Mitglieder im Berichtszeitraum von rund 69.500 auf rund 63.800 Mitglieder zum 31. Dezember 2013 abgesunken ist. 2013 ist es jedoch zum ersten Mal gelungen, den seit 2010 anhaltenden Mitgliederrückgang zu stoppen und die Mitgliederzahl im Vergleich zum Vorjahr stabil zu halten. Der Frauenanteil liegt unverändert bei 37 Prozent.

Die Entwicklung in den einzelnen Landes- und Kreisverbänden verläuft dabei weiter nicht einheitlich. Zum Teil finden sich in einzelnen Landesverbänden im Kreisvergleich gegensätzliche Entwicklungen. Der Anteil der Mitglieder in den östlichen Landesverbänden (inklusive Berlin) ist geringfügig von 62 Prozent Ende 2011 auf 61 Prozent zum 31. Dezember 2013 gesunken. Entsprechend ist der Anteil der Mitgliedschaft in den westlichen Landesverbänden im gleichen Zeitraum geringfügig von 38 Prozent auf 39 Prozent angewachsen.

b) Entwicklung der Kreis- und Ortsverbandsstrukturen

Die Anzahl der Kreisverbände verringerte sich in den Jahren 2012 und 2013 von 360 auf 352, vor allem aufgrund von weiteren Gebietsreformen und entsprechenden Zusammenlegungen von Kreisverbänden. DIE LINKE hat damit weiterhin ein fast flächendeckendes Netz an Kreisverbänden. Die Zahl der Orts- oder Stadtteilgruppen beträgt nach wie vor über 5.000.

c) Bundesweite Zusammenschlüsse

Zahlreiche Mitglieder engagieren sich in den nunmehr 27 (2012: 26) bundesweit anerkannten und in zahlreichen weiteren Zusammenschlüssen.

d) Entwicklung von Jugend- und Studierendenverband

Die organisatorische Entwicklung von linksjugend [solid] als Jugendverband der Partei und des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS ist stabil. Die Zahl der Mitglieder des Jugendverbandes ist in den letzten beiden Jahren unter dem Strich in etwa konstant geblieben. Zum 31. Dezember 2013 betrug die Zahl der Mitglieder rund 4.700. Nach einer Aktualisierung der Mitgliederdatei und entsprechenden Verlusten im Jahr 2012 konnte dieser Einbruch 2013 durch zahlreiche Eintritte wieder ausgeglichen werden. Von den Neumitgliedern des Jugendverbands gaben 2013 zwei Drittel an, auch Mitglied der Partei zu sein.

In diesen Zahlen noch nicht enthalten sind passive Mitglieder des Jugendverbandes, das heißt junge Mitglieder der Partei, die ihre Mitgliedschaft im Jugendverband nicht aktiviert haben. Insgesamt waren zum 31. Dezember rund 8.600 Mitglieder der Partei unter 35 Jahren und somit auch passive oder aktive Mitglieder des Jugendverbandes, darunter 26 Prozent Frauen. Damit liegt der Anteil der unter 35-Jährigen weiterhin bei rund 13 Prozent aller Parteimitglieder. Bei den neu eingetretenen Parteimitgliedern lag der Anteil der unter 35-Jährigen 2013 mit 32 Prozent deutlich über diesem Wert. Die Anzahl der Basisgruppen des Jugendverbandes in den Landesverbänden wuchs im Berichtszeitraum von 171 auf 190.

Auch der Studierendenverband konnte weiter leichten Zuwachs verzeichnen. Die Zahl der Hochschulgruppen ist hier im Berichtszeitraum von 49 auf 55 gewachsen. In Hessen konnte zudem ein neuer Landesverband gegründet werden. Die Zahl der individuell registrierten Mitglieder stieg im Studierendenverband bis Ende 2013 auf rund 360 an.

Konkrete Maßnahmen zur Mitglieder- und Parteientwicklung

a) Maßnahmen der Mitgliedergewinnung, -kommunikation und -beteiligung:

Ein organisationspolitischer Schwerpunkt war die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Gewinnung neuer Mitglieder sowie zur Verbesserung der Mitgliederkommunikation und -beteiligung. Im Vordergrund stand dabei die Unterstützung der Verantwortlichen für Mitgliederentwicklung und -gewinnung vor Ort in den Landes- und Kreisverbänden und die Verbesserung des Austauschs untereinander.

Die bereits bestehende bundesweite Koordinierungsgruppe Mitgliederentwicklung, in der die Arbeit des Bereichs Kampagnen und Parteientwicklung der Bundesgeschäftsstelle und der Landesverbände koordiniert wird, wurde weitergeführt. Gemeinsam wurden Konzepte und Handreichungen für die praktische Arbeit vor Ort entwickelt, darunter zur Gestaltung von Willkommensseminaren, zum Erstkontakt mit Neuen und zur Beteiligung neuer Mitglieder.

Für die Kreisverbände gibt es inzwischen erstmalig in jedem Kreisverband einen namentlich benannten Mitgliederverantwortlichen.

Um die Arbeit der Mitgliederverantwortlichen auf Kreis- und Landesebene zu unterstützen, wurde im Berichtszeitraum in regelmäßigen Abständen weiter der zielgruppenspezifische Newsletter „Mitglieder gewinnen, Mitglieder beteiligen“ herausgegeben. Er dient der Information über aktuelle Entwicklungen, soll den Austausch über erfolgreiche Beispiele fördern und Hilfestellungen für die praktische Arbeit geben.

Als jährlicher Höhepunkt für die Mitgliederverantwortlichen hat sich inzwischen der bundesweite „Tag der Mitgliederverantwortlichen“ etabliert. Dieses 2012 erstmalig durchgeführte Veranstaltungsformat stößt auf große Resonanz bei den Verantwortlichen vor Ort. Im Berichtszeitraum fand der Tag der Mitgliederverantwortlichen im März 2013 und im Januar 2014 statt. Schwerpunkt im Jahr 2013 war das Thema „Gewinnung und Aktivierung von Mitglieder und Nichtmitgliedern im Wahlkampf“. Schwerpunkt im Jahr 2014 war das Thema „Erfolgsgeheimnisse einer gewinnenden Kommunikation“. Darüber umfassten die jeweils eintägigen Tagungen den Erfahrungsaustausch und Workshops zur Weiterqualifizierung der praktischen Arbeit vor Ort.

Für alle Kampagnen und Aktionen galt darüber hinaus auch im Berichtszeitraum, dass diese möglichst beteiligungsorientiert ausgerichtet und zur Mitgliedergewinnung genutzt werden sollen. Entsprechend werden in-

zwischen auf fast allen bundesweiten Verteilmaterialien Eintrittsformulare oder Mitmach-Coupons gedruckt.

b) Maßnahmen zur Aktivierung und Beteiligung von Nichtmitgliedern und passiven Mitgliedern (Projekt „Linksaktiv“)

Im Bundestagswahlkampf und – in eingeschränktem Umfang – in Vorbereitung auf den Europawahlkampf stellt die Aktivierung und Beteiligung von Nichtmitgliedern und passiven Mitgliedern einen eigenen Schwerpunkt dar und folgte somit den Empfehlungen der Projektgruppe „LINKE 2020“. Im Laufe des Projektes konnten über 3.000 Personen als Wahlkampfunterstützerinnen und -unterstützer gewonnen werden, von denen ein größerer Teil bis dato nicht aktiv war und zum Beispiel durch zentral unterstützte Telefonaktionen aktiviert werden konnte. Zu den neuen Wahlkampfunterstützerinnen und -unterstützer zählten auch rund 700 Nichtmitglieder, die sich online oder per Post als Unterstützerinnen und Unterstützer gemeldet haben, von denen 100 inzwischen Mitglied der Partei geworden sind.

Die Beteiligung der Landesverbände gestaltete sich unterschiedlich intensiv. Das betraf sowohl die aktive Ansprache von potenziellen neuen Mitstreiterinnen und Mitstreitern als auch deren Einbindung in die Arbeit vor Ort. Verantwortliche für die gezielte Ansprache und Beteiligung von neuen Unterstützerinnen und Unterstützern im Wahlkampf gab es in 168 Kreisverbänden. Entsprechend gelang nur bei gut einem Drittel der neuen Mitstreiterinnen und Mitstreiter die Einbindung in die Arbeit vor Ort. Gleichzeitig entwickelten zahlreiche von ihnen eigenständig Wahlkampfaktivitäten, insbesondere in Regionen, in den die Parteistrukturen weniger ausgeprägt sind. Auf diesem Wege wurden von rund 700 Aktiven rund 850.000 Stück zusätzlicher Materialien verteilt.

c) Maßnahmen der innerparteilichen Bildungsarbeit

Die innerparteiliche Bildungsarbeit wird von der Kommission Politische Bildung und dem Bereich Politische Bildung der Bundesgeschäftsstelle gemeinsam entwickelt und organisiert. Schwerpunkte sind die Grundlagenbildung sowie die Sicherung und der Ausbau der Strukturen der Bildungsarbeit.

Hinsichtlich der Bildungsangebote konnte die Grundlagenbildung als linke Allgemeinbildung weiter verankert werden. Das Neumitgliederseminar (ab 2014 Grundlagenseminar) wird in einer steigenden Zahl von Landesverbänden angeboten. Besonders hervorzuheben ist, dass im 2013 erfolgreich die erste Staffel des internetbasierten Grundlagenkurses „DIE LINKE 1“ abgeschlossen wurde. In 2014 wird zudem erstmals ein besonderes Augenmerk auf Gewinnung von Teilnehmenden für die U35-Seminare der Rosa-Luxemburg-Stiftung gelegt.

Unter den Angeboten zur Unterstützung der Funktionsträgerinnen und -träger vor Ort sind vor allem die Kreisvorsitzenden-Seminare hervorzuheben, die besonders gut angenommen und bewertet wurden. Darüber hinaus werden die Seminare „Erfolgreiches Arbeiten im Vorstand“ und „Vorstände fit für Frauen“ angeboten, die im Berichtszeitraum aber nur vereinzelt nachgefragt wurden. Spezielle Seminare gab es auch für Bildungsverantwortliche und Verantwortliche im Finanz- und Mitgliederverwaltungsbereich der Kreisverbände.

Breiten Raum nahm im Berichtszeitraum die Unterstützung der Wahlkämpfe, vor allem des Bundestagswahlkampfes 2013, aber auch der Europa- und Kommunalwahlkämpfe 2014, ein. Dazu wurden Seminare für Kreiswahlkampfleiterinnen und -leiter (aus insgesamt 128 Kreisverbänden), Kandidatinnen und Kandidaten sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

für die Durchführung lokaler Seminare zum Thema „Aktiver Wahlkampf vor Ort“ durchgeführt.

Die Bildungsstrukturen der Partei konnten im Berichtszeitraum weiter ausgebaut und gefestigt werden. Die Anzahl der Kreisbildungsverantwortlichen ist von 169 auf 220 gestiegen. In drei Viertel der Landesverbände gibt es auf Landesebene inzwischen kontinuierlich arbeitende Bildungsstrukturen. In vielen Kreisverbänden, zunehmend auch im Westen, gibt es selbst organisierte Bildungsarbeit.

Insgesamt hat sich in der LINKEN inzwischen ein festes Bildungsnetzwerk etabliert, das über den Newsletter „Politische Bildung“ (rund 2000 Abonentinnen und Abonenten) regelmäßig informiert wird. Spezielle Veranstaltungsformate, die sich insbesondere an diese Zielgruppe richten, wie die jährlichen Bildungstage und die Frühlingsakademie sowie die Elgersburger Seminare, werden gut angenommen und finden durch ihre Themenstellungen Resonanz über die Partei hinaus.

e) Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit

DIE LINKE setzt sich in allen politischen Bereichen aktiv für die Gleichstellung von Frauen und Männern ein. Auch DIE LINKE selbst will für Frauen eine Partei sein, in der sie gerne Politik machen und ihre Interessen vertreten können. Auf Grundlage des Konzeptes zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN wurde 2012 ein erster Gleichstellungsbericht erstellt, welcher die Umsetzung des Konzeptes evaluiert und weitere Teilziele formuliert hat. Weitere Einzelheiten dazu finden sich im 2. Gleichstellungsbericht, welcher dem Bundesparteitag gesondert vorliegt.

Insbesondere wurde zum Zwecke der Förderung weiblichen Nachwuchses 2013 zum zweiten Mal ein bundesweites Mentoringprogramm für junge Frauen bis 35 Jahre durchgeführt. Dieses Angebot richtete sich gezielt an junge Frauen, die in der Partei, im Jugend- oder im Studierendenverband bereits Amt oder Mandat innehaben und über das Programm weiter gefördert werden sollten. In Abstimmung mit den Landesverbänden wurden durch den Parteivorstand 15 Teilnehmerinnen aus 13 Landesverbänden ausgewählt, von denen 12 bis zum Ende des Programms dabei blieben. Alle Mentees durchliefen zum einen ein umfassendes Bildungsprogramm bestehend aus Elementen politischer Bildung und gezielten Qualifizierungsangeboten für Frauen (unter anderem Argumentationstraining und zum eigenen Auftreten). Zum anderen konnten sie in Praxisphasen (Bundestag, Landtag, Bundesgeschäftsstelle oder Wahlkreisbüros) und im Austausch mit ihrer jeweiligen Mentorin bzw. ihrem jeweiligen Mentor umfangreiche Erfahrungen für ihre weitere Entwicklung sammeln. Schließlich umfasste das Programm für die Mentees auch die Teilnahme an einer Tagung des Bundesparteitags.

f) Maßnahmen zur Unterstützung von Beratungsangeboten vor Ort

Um das Profil der LINKEN als Partei des Alltags zu festigen, wurde das Projekt „DIE LINKE hilft“ fortgeführt. Die vorhandenen Sozialberatungsangebote der Partei, ihrer Abgeordneten und von mit ihr kooperierenden Einrichtungen wurden erstmalig erfasst und sind nunmehr über ein Portal (<http://www.die-linke.de/nc/politik/beratung/die-linke-hilft/>) direkt zu erreichen. Zudem wurde im Berichtszeitraum mit der Vernetzung und der Austausch der Beraterinnen und Berater untereinander und mit dem Bereich Kampagnen und Parteientwicklung in der Bundesgeschäftsstelle begonnen. Zu diesem Zweck fanden im Dezember 2012 und im November 2013 jeweils bundeweite Vernetzungstreffen statt. Diese Arbeitstagungen haben sich wachsenden Zuspruchs erfreut. Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum unregelmäßig ein zielgruppenspezifische

Newsletter für Beraterinnen und Berater herausgeben und Materialien für die Beratungspraxis vor Ort (Plakate und Eindruck-Handzettel zur Bekanntmachung von Beratungsangeboten) erstellt.

DIE LINKE in Wahlen

Im Berichtszeitraum hatte DIE LINKE eine Bundestagswahl, drei Landtagswahlen in Niedersachsen, Bayern und Hessen und einige kommunale Wahlen zu bestehen, der Europawahlkampf ist im vollen Gange. Zur Bundestagswahl gibt es einen Abschlussbericht des Bundeswahlkampfleiters Matthias Höhn, der diesem Bericht als Anlage beiliegt. (für den PV: Info-Vorlage 2013/i64 vom 18./20.10.2013)

2013 wurde DIE LINKE aus dem niedersächsischen Landtag herausgewählt und erreichte auch im bayerischen Landtagswahlkampf 2013 ein deutlich schlechteres Ergebnis als 2009. Diesen beiden Niederlagen stand die dritte Wiederwahl in den hessischen Landtag als positives Signal gegenüber. Nach Abschluss des Europawahlkampfes wird der Bundeswahlkampfleiter einen ausführlichen Abschlussbericht vorlegen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der LINKEN

Vertreter_innen der LINKEN nahmen tagesaktuell und in Abstimmung mit der Bundestagsfraktion Stellung zu aktuellen Themen. Die Parteivorsitzenden oder der Bundesgeschäftsführer informierten auf wöchentlichen Pressekonferenzen über die Politik der LINKEN. Darüber hinaus fanden im Durchschnitt zweimal pro Woche Pressestatements zu aktuellen Themen statt. Die Startphase der Vorstandsamszeit war von der Positionierung und Profilierung der neuen Parteiführung bestimmt. Dies ist gemessen an dem Bekanntheitsgrad gelungen. Arbeitsschwerpunkt der Amtszeit war die mediale Begleitung des Bundestagswahlkampfes. Wir konnten DIE LINKE mit einem klaren Profil in den Medien positionieren. Die Spitzenvertreter_innen traten in den Medien mit abgestimmten Botschaften und in einer koordinierten Dramaturgie auf. Die mediale Widerspiegelung der LINKEN im Wahlkampf war allerdings erst ab August 2013 zufriedenstellend.

Die neue Situation nach der Bundestagswahl brachte neue Arbeitsanforderungen an die Pressearbeit der LINKEN. Die Anzahl proaktiver Anfragen an DIE LINKE aus den Medien hat sich erhöht. Der Parteivorstand sendete durchschnittlich eine Pressemeldung pro Wochentag zu tagesaktuellen Themen aus. Darüber hinaus wurden die persönlichen Kanäle der Parteiführung in den sozialen Medien Twitter und Facebook verstärkt für die Pressearbeit genutzt. Insbesondere die Vorsitzenden waren regelmäßig in Printmedien und Nachrichtenagenturen mit exklusiv verbreiteten Äußerungen zu politischen Analysen und Forderungen der LINKEN präsent. Vertreterinnen und Vertreter der Presse wurden regelmäßig zu Events und Veranstaltungen der Partei eingeladen. Die quantitative Widerspiegelung der Statements in den Medien ist kann nach wie vor insgesamt nicht zufriedenstellend, auch wenn wir der Gesamttrend leicht positiv ist. Auf der Internetseite www.die-linke.de informierte der Parteivorstand ausführlich und tagesaktuell über die Positionen und Aktionen der Partei. Publikationen, Presseerklärungen und Positionspapiere sind hier abrufbar. Im Durchschnitt wird die Seite pro Monat von durchschnittlich 145.000 verschiedenen User_innen besucht, die monatlich etwa 550.000 Seitenaufrufe vornehmen. Der Parteivorstand hat die Verantwortung für die regelmäßige technische Weiterentwicklung des LINKEN CMS übernommen, um dadurch die Gliederungen zu unterstützen und dazu eine entsprechende Vereinbarung mit dem Internetprovider getrof-

fen. Die Mobilversion von www.die-linke.de wurde im Sommer 2013 fertiggestellt.

DIE LINKE hat ihre 2009 begonnenen Aktivitäten in sozialen Netzwerken fortgeführt und weiterentwickelt. Derzeit ist DIE LINKE auf folgenden Plattformen vertreten: Youtube, Facebook, Google+, flickr, Twitter, Instagram, Tumblr und Soundcloud. DIE LINKE berichtet auf diesen Plattformen direkt, unmittelbar und aktuell über ihre Themen und Personen. Userinnen und User können eigene Beiträge beisteuern, Inhalte kommentieren, diskutieren und weiterverbreiten. Insgesamt hat DIE LINKE in den sozialen Netzwerken mehr als 100.000 direkte Kontakte und erreicht durch ihre Beiträge jährlich mehr als 20-mal so viele. DIE LINKE ist im Vergleich zu anderen Parteien im Parteienwettbewerb gut platziert. Die Kommunikationsstrategie im Social Web wurde und wird laufend überarbeitet und professionalisiert, neue Plattformen werden beobachtet und auf den Nutzen für die Partei geprüft. Monitoring und Statistik wurden verbessert und die Wirksamkeit deutlich gesteigert. Der Parteivorstand gab monatlich die Mitgliederzeitschrift DISPUT in einer Auflage von 5.500 Exemplaren heraus, wobei 2013 erstmals seit vielen Jahren die Zahl der im Abo verkauften Hefte von Januar bis Dezember konstant blieb. Das war auch das Resultat des zu Jahresbeginn 2013 vollzogenen Relaunchs der Zeitschrift, der ein positives Echo erfahren hat. Über alle wesentlichen Ereignisse in und mit der Partei (Bundes- und Landtagswahlen, außerparlamentarische Aktivitäten, Kommunalpolitik ...) wurde ausführlich und in unterschiedlichen Formen berichtet, das Mitgliederleben in Ost und West, in Landes-, Kreis- und Basisverbänden wurde breit dargestellt sowie Debatten (wie zur Parteientwicklung) mit befördert. In zwei Monaten (April und August 2013) erschien auf Beschluss des Parteivorstandes das kostenlose Mitglieder-magazin „die linke!“ als Sonderausgabe des DISPUT, das allen Mitgliedern zuging.

Der Parteivorstand verschickte an ca. 22.000 Adressen wöchentlich einen elektronischen Newsletter.

Im Konsultations- und Informationszentrum (KIZ) des Karl-Liebknecht-Hauses können Besucherinnen und Besucher Auskünfte und Informationsmaterial der Partei, der GUE/NGL, der EL und der Bundestagsfraktion erhalten. Bis zu 20 Anrufe erreichen uns werktags auf dem Bürgertelefon, inhaltlich auf die Themen Arbeitslosigkeit / Hartz IV / prekäre Arbeitsverhältnisse, Friedenspolitik und juristische Probleme fokussiert. Mit Besucher/innen des Karl-Liebknecht-Hauses werden im KIZ Informationsgespräche zur Partei geführt und es gibt Führungen von kleineren Besuchergruppen oder Einzelpersonen durch das KLH mit Erläuterungen zur Geschichte des Hauses und der Partei.

Es nahmen mehrere Tausend Menschen an Informations- und Kulturveranstaltungen in der Parteizentrale der LINKEN teil. Guten Zuspruch fand das Karl-Liebknecht-Haus etwa an den „Tagen des Offenen Denkmals“. Das denkmalgeschützte Karl-Liebknecht-Haus wird in jedem Jahr im September - unabhängig vom Thema des Denkmaltages - der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Lesereihe »geDRUCKtes« mit Gesine Löttsch und Gästen hat sich zu einer zuverlässigen Veranstaltungsgröße im Rosa-Luxemburg-Saal etabliert. Die Veranstaltungsreihe trägt sehr zur Belebung des Rosa-Luxemburg-Saals und des Karl-Liebknecht-Hauses als Zentrum einer kulturvollen und politisch anspruchsvollen Debatte in gleichzeitig offener wie angenehmer Atmosphäre bei und wird von Publikum und Gästen gleichermaßen sehr gut angenommen. »geDRUCKtes« findet einmal im Monat

mit einer Sommerpause statt. Der zeitliche Abstand von ungefähr vier Wochen hat sich bewährt. Die Besucherzahl liegt bei durchschnittlich 80 Personen und erreicht Spitzenwerte von 120. Zu fast jeder Veranstaltung wurde ein Livestream realisiert. Die Zugriffszahlen lagen zwischen 1.000 und 4.000 Zuschauer/innen.

Von Juni 2012 bis Mai 2014 konnten wir 138 Besuchergruppen im Haus begrüßen, darunter 113 Gruppen unserer Bundestagsabgeordneten.

Im gleichen Zeitraum haben wir über die offizielle E-Mail-Adresse partei.vorstand@die-linke.de gut 11.000 E-Mail-Zuschriften (ohne Spam und Mehrfachschreiber) erhalten. Grundsätzlich alle Schreiber/innen erhielten von uns zeitnah eine ausführliche Antwort.

Die Briefpost und auch der Mailverkehr haben in Bezug auf die Bürgeranfragen zugunsten direkter Anfragen vor allem via Facebook abgenommen.

Zu Kampagnen und Aktionen der Partei wurden Informationsmaterialien, Folder, Broschüren, Handzettel, Plakate, Transparente, Aktionsbuttons und anderes mehr hergestellt. Darunter etwa das Drohnen-Plakat, die Postkarte „Praxisgebühr abschaffen - erledigt!“ oder die Kopiervorlage zu den Streiks im Einzelhandel. Auch digitale Motive, Anzeigen- und Kopiervorlagen gehören mittlerweile zu den Standardmaterialien. Außerdem wurden Hochhalteschilder und ausfüllbare Sprechblasen-Plakate auf Abreissblöcken neu entwickelt. Zu den neuen Materialien zählen auch der im Bundestagswahlkampf etablierte Infodienst „Auf den Punkt gebracht“, die Battlecards, außerdem Papphocker und Sprühschablonen. DIE LINKE hat einen eigenen Spreadshirt-Shop eingerichtet, der ausschließlich mit der BAG Betrieb&Gewerkschaft abgestimmte mehrfach zertifizierte Produkte anbietet. Auf Pressekonferenzen wurde verstärkt mit Bildmotiven gearbeitet, die zeitgleich zusätzliche Verbreitung über die sozialen Medien fanden.

Pressekonferenzen und verschiedene Aktionen wurden auch als Video festgehalten und z.T. per Livestream übertragen. Livestream-Übertragungen der Partei finden großen Zuspruch. Zu ausgewählten Anlässen wurden professionelle Clips produziert.

Erstmals wurde der Fotodokumentation und der qualitativen und quantitativen Steigerung fotografischer Aufnahmen größere Aufmerksamkeit gewidmet. Auf dem Flickr-Kanal der Partei stehen für die Parteigliederungen frei nachnutzbare Fotos zur Verfügung.

Die Öffentlichkeitsarbeit bietet verstärkt barrierefreie Fassungen an. In den Wahlkämpfen wurden Wahlprogramme und TV-Spots in verschiedene Versionen übersetzt, darunter Gebärdensprache, Leichte Sprache und Braille. Pdf-Dateien sollen zunehmend barrierefrei sein. Die Homepage ist barrierefrei und soll in naher Zukunft offiziell zertifiziert werden. Auf den Parteitag gibt es Gebärdendolmetschen.

Zur Vorstellung der Zusammenschlüsse unserer Partei wurde ein Printmaterial erarbeitet, das sowohl einen Überblick über die Zusammenschlüsse gibt, als Einzelkarten die Kontaktaufnahme zu einzelnen Zusammenschlüssen erleichtert als auch auf einer Präsentationstafel etwa auf dem Parteitag oder im KIZ übersichtlich ausgehängt werden kann. Für die Initiative „DIE LINKE hilft“ wurden Eindruck-Plakat, Kopiervorlage und Banner produziert und ein Internetauftritt installiert.

DIE LINKE hat in den Jahren 2013 und 2014 in Zusammenarbeit mit der LIMA jeweils ein Wahlkampfcamp durchgeführt, um Aktive in den Wahlkämpfen zu schulen. Den Gliederungen wurden über den gesamten Berichtszeitraum hinweg Hinweise und Hilfestellung für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gegeben. Es fanden Schulungen vor allem zum CMS

und zu Social Media statt und es wurden Handreichungen zum Umgang mit Facebook und Twitter erstellt. Auf der LIMA 2013 war DIE LINKE mit einem Gesprächs- und Informationsangebot präsent.

Die Bundesgeschäftsstelle

Die Schwerpunkte der Parteizentrale im Berliner Karl-Liebknecht-Haus waren die Durchführung, Vor- und Nachbereitung der Bundesparteitage sowie der Beratungen des Parteivorstandes und des Bundesausschusses, die Durchführung von Tagungen, Bildungsveranstaltungen, Konferenzen und Workshops und Vorbereitung und Unterstützung von Kampagnen und Aktionen der Partei. Im Berichtszeitraum lag die Mitarbeiter_innenzahl zwischen 75 und 80.

Die Bundesgeschäftsstelle versteht sich zuvorderst als Serviceeinrichtung für die Organe, Gliederungen und Zusammenschlüsse der Partei, für die Parteimitglieder und für die Bürgerinnen und Bürgern. Dazu gehören die Unterstützung der Parteimitglieder in der ehrenamtlichen Arbeit, die Beantwortung von einigen Tausend Bürger_innenbriefe und -posts, die Betreuung von Besucher_innen als auch die inhaltliche Unterstützung, z.B. durch kurze Analysen der aktuellen politischen Lage und Gegnerbeobachtungen von den Parteitagen anderer Parteien, Zuarbeiten und Vorschläge für die Fachtagungen oder Strategieberatungen. In den Wahlkämpfen bildete die Bundesgeschäftsstelle das Wahlquartier der Partei. Die Arbeit der Kommissionen fand ebenso die Unterstützung des Karl-Liebknecht-Hauses wie die bundesweiten Zusammenschlüsse, u.a. durch die Bereitstellung von elementaren Arbeitsbedingungen. Neben den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeiten im Karl-Liebknecht-Haus Mentees und Praktikantinnen und Praktikanten (im Berichtszeitraum waren es 42 Schülerinnen, Schüler und Studierende), deren Aufgaben, Arbeitsbedingungen und Entlohnung in einer Praktikumsordnung geregelt sind. Mehrere Genossinnen und Genossen arbeiten regelmäßig ehrenamtlich in der Bundesgeschäftsstelle mit. Jährlich beteiligt sich die Bundesgeschäftsstelle am Girls Day. Ende 2013 begann in der Bundesgeschäftsstelle ein Reformprozess mit der Orientierung auf Präzisierung der Aufgaben und Qualität der Kommunikation.

DIE LINKE international

Die Pflege und Entwicklung der internationalen Beziehungen der LINKEN als einer internationalistischen Partei waren ein vordringliches Ziel des Parteivorstandes. Besondere Aufmerksamkeit erfuhren dabei die Mitarbeit in der Partei der Europäischen Linken (EL) und die bilateralen Kontakte zu ihren Mitgliedsparteien. Auf dem 4. Parteitag der EL im Dezember 2013 in Madrid wurde ein politisches Dokument „Vereinigt euch für eine linke Alternative in Europa“, eine programmatische Plattform für die Europawahlen 2014 sowie zahlreiche Einzelbeschlüsse verabschiedet. Die Delegierten der LINKEN unterstützten einhellig die Kandidatur des Syriza-Vorsitzenden Alexis Tsipras als Kandidat der EL für die Präsidentschaft der Europäischen Union. Diether Dehm wurde als Schatzmeister der EL und Claudia Haydt und Dominic Heilig zu Mitgliedern des Vorstandes gewählt.

Die vom 3. Parteitag der EL beschlossene Europäische Bürgerinitiative für die Schaffung eines Europäischen Fonds für soziale und solidarische Entwicklung wurde von der Europäischen Kommission im September 2012 aus formalen Gründen abgelehnt.

Im Berichtszeitraum richtete DIE LINKE eine Sitzung des Vorstandes der EL aus. Zweimal fanden die politisch-kulturellen Jahresauftakte der EL in Berlin statt. Mitglieder der LINKEN nahmen an der 7. und 8. EL-Sommeruniversität teil. Der Parteivorstand lud die EL ein, die 9. Sommeruniversität 2014 in Deutschland auszurichten.

In der fortdauernden Banken- und Währungskrise stand die LINKE an der Seite der Menschen in den betroffenen Ländern und trat mehrfach auf Veranstaltungen unserer Genoss_innen dort auf. Besondere Aufmerksamkeit erfuhr der Besuch des Vorsitzenden Bernd Riexinger in Athen.

DIE LINKE unterstützte die internationale Beteiligung an den Blockupy-Protesten in Frankfurt.

Den 50. Jahrestag der Elysée-Verträge nahmen DIE LINKE und der Front de Gauche zum Anlass, eine Erklärung über eine verstärkte Zusammenarbeit zu unterzeichnen. In ihrem Rahmen fand im Mai 2013 ein gemeinsames Seminar in Paris statt.

Der Beschluss über die Internationale Kommission wurde erneuert. Unter dem Vorsitz von Oskar Lafontaine tagte sie im Berichtszeitraum dreimal. Sie beschäftigte sich unter anderem mit der Vorbereitung des EL-Parteitages, der Lage in Venezuela und dem Entwurf des Europawahlprogrammes.

Ein weiterer wichtiger Arbeitsschwerpunkt war die Fortsetzung des friedenspolitischen Engagements der Partei auf internationaler Ebene. Gemeinsam mit der EL und der Friedensbewegung beteiligte sich DIE LINKE an Protesten gegen das Militärbündnis NATO und gegen den Krieg in Afghanistan. Mitglieder des PV empfingen Taksim-Aktivist_innen aus Istanbul. Die Lage in Syrien wurde eng begleitet und eine Veranstaltung dazu durchgeführt.

Mitglieder des PV nahmen an Demonstrationen und Streiks in Portugal, Frankreich und Spanien und Griechenland teil.

Die Parteivorsitzenden hatten politische Gespräche in Griechenland, in den Niederlanden und auf Kuba, der Bundesgeschäftsführer in Vietnam. In Berlin und anderswo empfingen die Parteivorsitzenden und weitere Mitglieder des Parteivorstandes ausländische Repräsentantinnen und Repräsentanten, so den Vorsitzenden der schwedischen Linkspartei und führende Vertreter der SP der Niederlande. Die Vorsitzenden und die Mitarbeiter_innen des Bereiches Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle setzten die Informationskontakte zu den diplomatischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland fort.

Zum Parteitag in Dresden begrüßte DIE LINKE 19 Gäste aus zehn europäischen Ländern, die die Gelegenheit für zahlreich Gespräch nutzten. Ein Höhepunkt des Parteitages war die Rede von Marisa Matias, der stellvertretenden EL-Vorsitzenden.

DIE LINKE war im Berichtszeitraum unter anderem bei Parteitag und Konferenzen folgender Parteien zugegen: BDP, HDP und Grüne Linke (Türkei), Linksblock (Portugal), Kommunistische Partei Portugals, Kommunistische Partei Frankreichs, Sortu (Spanien), Sozialistische Linkspartei (Norwegen), Sinn Féin (Irland), Rot-Grüne - Einheitsliste und sozialistische Volkspartei (Dänemark), Linksbund und Kommunistische Partei(Finnland), Syriza (Griechenland), Kommunistische Partei Spaniens, Forum von Sao Paulo, Weltsozialforum in Tunis 2013.

Erneut beteiligte sich DIE LINKE aktiv an den Pressefesten linker Zeitungen bzw. an Volksfesten linker Parteien in Lissabon, Paris und Wien.

Vom Bereich Internationale Politik wird die Broschüre „International“ zur internationalen und Friedenspolitik herausgegeben. Seit 2013 erscheint wieder ein elektronischer englischsprachiger Newsletter, mit dem die internationalen Partner über die Politik der LINKEN informiert werden. Die englischen Seiten der Homepage werden laufend aktualisiert.

Zur finanzpolitischen Arbeit des Parteivorstandes

Im Berichtszeitraum hat der Parteivorstand auf der Grundlage des Parteiengesetzes und der Bundesfinanzordnung öffentlich Rechenschaft über die Herkunft und die Verwendung der Mittel sowie über das Vermögen der Partei für die Jahre 2011 und 2012 gelegt. Beide Rechenschaftsberichte wurden fristgemäß durch den Bundesschatzmeister nach Beratung im Parteivorstand – versehen mit dem uneingeschränkten Testat des Wirtschaftsprüfers – beim Präsidenten des Deutschen Bundestages eingereicht. Die Rechenschaftsberichte der Partei sind im Internet unter www.die-linke.de/partei/fakten/finanzen veröffentlicht. Gegenwärtig wird die Rechenschaftslegung der Partei für das Kalenderjahr 2013 erarbeitet.

Anhand der Ergebnisse der Rechenschaftslegung 2012 lassen sich gegenüber 2011 folgende Entwicklungen erkennen:

Die Einnahmen 2012 betragen insgesamt 29.765 T€ und sind damit um 1.042 T€ höher als 2011.

Diese Mehreinnahmen sind durch höhere sonstige Einnahmen bedingt. Im Jahr 2012 sind der Gesamtpartei Einnahmen aus Erbschaften in Höhe von 1.349 T€ zugeflossen.

Die Ausgaben 2012 in Höhe von insgesamt 25.755 T€ sind um 1.086 T€ geringer als 2011. Insgesamt wurde im Jahr 2011 ein Überschuss von 1.882 T€ und im Jahr 2012 ein Überschuss von 4.010 T€ erreicht.

Die Mitgliedsbeiträge betragen 2012 9.358 T€; sie sind gegenüber 2011 um 353 T€ gesunken auf der Basis von 63.761 Mitgliedern, das sind 5.697 Mitglieder weniger als im Vorjahr. Der monatliche Durchschnittsbeitrag je Mitglied ist in der Gesamtpartei um 0,58 € auf 12,23 € im Jahr 2012 gestiegen; in den Landesverbänden der neuen Bundesländer um 0,51 € auf 14,77 € und in den Landesverbänden der alten Bundesländern um 0,54 € auf 7,81 €.

Die Mandatsträgerbeiträge haben sich um 191 T€ auf 3.716 T€ verringert. Davon entfallen auf die Bundesebene 1.038 T€, auf die Landesverbände der neuen Bundesländer 1.360 T€ und auf die Landesverbände der alten Bundesländer 1.318 T€.

Die Parteispenden, vor allem von Mitgliedern sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten, sind mit 1.924 T€ um 11 T€ geringer als das Vorjahresergebnis. DIE LINKE erhält keine Großspenden von Unternehmen. Der Anteil der Spenden von juristischen Personen an den Gesamteinnahmen der Partei betrug im Rechnungsjahr 2012 lediglich 0,12 %.

Die Einnahmen aus staatlichen Mitteln, die auf der Basis der Zuwendungen an die Partei (Mitgliedsbeiträge, Mandatsträgerbeiträge und Spenden) und der erzielten Wählerstimmen festgesetzt werden, sind 2012 um 122 T€ auf 12.252 T€ gestiegen. Gemäß Festsetzung des Präsidenten des Deutschen Bundestages für das Jahr 2013 betragen die staatlichen Mittel für DIE LINKE insgesamt 11.142 T€, das sind 1.110 T€ weniger als für 2012.

Das Reinvermögen der Partei beträgt per 31. Dezember 2012 29.483 T€, davon 16.362 T€ im Parteivorstand und 13.121 T€ in den Landesverbän-

den. Es ist insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 4.010 T€ angewachsen. Vom gesamten Reinvermögen betrafen 17.215 T€ die Geldbestände der Partei, darunter 7.325 T€ beim Parteivorstand und dem hier gebildeten zentralen Wahlkampffonds.

Die angesammelten Geldbestände und die weiteren planmäßigen Zuführungen zum zentralen Wahlkampffonds waren die Grundlage dafür, die Finanzierung der Wahlkämpfe im Berichtszeitraum zu gewährleisten.

Zur Finanzierung von Landtags- und Kommunalwahlkämpfen im Jahr 2012 wurden aus dem zentralen Wahlkampffonds auf Beschluss des Parteivorstandes mit Zustimmung des Bundesfinanzrates insgesamt Mittel in Höhe von 1.959 T€ für nachstehende Landesverbände bereitgestellt:

Brandenburg	60 T€
Niedersachsen	400 T€
Nordrhein-Westfalen	769 T€
Saarland	300 T€
Sachsen	80 T€
Sachsen-Anhalt	3 T€
Schleswig-Holstein	327 T€
Thüringen	20 T€

Im Jahr 2013 sind aus dem zentralen Wahlkampffonds zur Finanzierung des Bundestagswahlkampfes sowie von Landtags- und Kommunalwahlkämpfen auf Beschluss des Parteivorstandes mit Zustimmung des Bundesfinanzrates insgesamt 1.601 T€ den nachstehenden Landesverbänden in folgender Höhe zur Verfügung gestellt worden:

Bayern	490 T€
Brandenburg	258 T€
Hessen	278 T€
Nordrhein-Westfalen	60 T€
Sachsen	330 T€
Schleswig-Holstein	75 T€
Thüringen	110 T€

Der Parteivorstand hat am 8./9. Dezember 2012 den Finanzplan für den Bundestagswahlkampf in Höhe von 6.000 T€ und in seiner Sitzung vom 18. bis 20. Oktober 2013 den Finanzplan für den Europawahlkampf in Höhe von 3.300 T€ beschlossen.

Für den Bundestagswahlkampf wurden auf zentraler Ebene in den Jahren 2012 und 2013 5.671 T€ und für den Europawahlkampf im Jahr 2013 67 T€ ausgegeben.

In der zentralen Wahlkampfspendenkampagne zur Bundestagswahl 2013 wurden Spendeneinnahmen einschließlich Plakatspenden in Höhe von 411 T€ erzielt. Aus dem Spendenaufkommen sind vereinbarungsgemäß 271 T€ an die Landesverbände für den Wahlkampf vor Ort bereitgestellt worden.

Für die Finanzierung der Landtags- und Kommunalwahlkämpfe im Jahr 2014 ist bisher die Bereitstellung folgender Mittel für die genannten Landesverbände vom Parteivorstand mit Zustimmung des Bundesfinanzrates beschlossen worden:

Brandenburg	695 T€
Nordrhein-Westfalen	105 T€
Sachsen	770 T€
Thüringen	525 T€

Im Berichtszeitraum wurden entsprechend den im Januar 2012 abgeschlossenen Tarifverhandlungen zwischen der vom Parteivorstand beschlossenen Tarifkommission der Partei unter Leitung des Bundesschatzmeisters und ver.di nach der Erhöhung der Entgelte der Beschäftigten zum 1. Januar 2012 um 3 Prozent ebenso zum 1. Januar 2013 die Entgelte noch einmal um 3 Prozent erhöht. Gemäß dem im November 2013 vereinbarten Tarifabschluss gibt es im Jahr 2014 keine Gehaltssteigerungen. Es wurde jedoch eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich sowie eine Beschäftigungssicherung für alle Gliederungsebenen der Partei vereinbart. Außerdem wurde ein neuer Altersteilzeittarifvertrag für die Jahre 2014 bis 2017 abgeschlossen.

Parteivorstand und Bundesausschuss haben im Berichtszeitraum den Finanzplan des Parteivorstandes und den Plan des zentralen Finanzausgleichs für 2013 und ebenso für 2014 beschlossen. Diese Finanzpläne sind im Internet veröffentlicht.

Die Finanzplanung des Parteivorstandes für 2014 berücksichtigt insbesondere die notwendigen Einsparungen aufgrund der gesunkenen staatlichen Mittel infolge der Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2013 und der letzten Landtagswahlen.

Der Finanzplan des Parteivorstandes für das Jahr 2014 sieht Gesamteinnahmen sowie Gesamtausgaben von jeweils 12.187 T€ vor, diese sind damit jeweils um 1.012 T€ niedriger als im Vorjahr geplant.

Die Einnahmen aus zentralen staatlichen Mitteln sind mit 9.600 T€ um 900 T€ niedriger veranschlagt als im Vorjahr. Die Abführungen der Landesverbände aus den staatlichen Mitteln auf der Basis der bei den Landtags- und Bürgerschaftswahlen erzielten Wählerstimmen an den zentralen Wahlkampffonds sinken infolge der Wahlergebnisse ebenfalls.

Die Personalausgaben werden um 30 T€ geringer geplant, stellen aber mit 4.128 T€ erneut den größten Einzelposten der Ausgaben im Finanzplan des Parteivorstandes dar.

Die Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes werden um 76 T€ auf 1.321 T€ gekürzt, insbesondere durch die Reduzierung der Raumnutzung und der Anschaffungen.

Bei den Ausgaben für allgemeine politische Arbeit ist eine Absenkung um insgesamt 239 T€ auf 2.210 T€ geplant.

Der Fonds für Kampagnen, Veranstaltungen und Konferenzen wird von bisher 250 T€ auf 195 T€ gesenkt. Die bisher in diesem Fonds enthaltenen Kosten für den Datenschutz werden auf Wunsch des Parteivorstandes nunmehr in Höhe von 15 T€ gesondert ausgewiesen. Zur Unterstützung der Parteientwicklung wird ein mit 25 T€ ausgestatteter Fonds beim Parteivorstand gebildet. Der im Jahr 2011 erstmals gebildete Fonds für Frauenpolitik und feministische Arbeit wird gegenüber dem Vorjahr um 20 T€ auf 30 T€ gesenkt.

Der Fonds des Jugendverbandes, der seit dem Jahr 2013 auch auf Bundesebene eigene staatliche Mittel erhält, wird um 150 T€ auf 300 T€ gesenkt.

Die Ausgaben für die Partei der Europäischen Linken (EL) werden in Höhe der zu erwartenden Einnahmen aus EL-Mitgliedsbeiträgen von 220 T€ geplant. Hiervon werden in Abstimmung mit dem EL-Schatzmeister 100 T€ direkt an die EL abgeführt. Damit finanziert DIE LINKE wie bisher den größten Anteil aller EL-Mitgliedsparteien an den Gesamteinnahmen der EL.

Bei den Bereichen der Bundesgeschäftsstelle sind im Rahmen der notwendigen Haushaltskonsolidierung und im Hinblick auf eine geplante Aufga-

benkritik Ausgaben senkungen von insgesamt 54 T€ vorgesehen. Weitere Kosten werden ggf. aus dem Europawahlkampfetat bzw. bei entsprechender Beschlussfassung aus dem Fonds für Kampagnen, Veranstaltungen und Konferenzen des Parteivorstandes finanziert.

Für die Zusammenschlüsse sind mit 140 T€ um 50 T€ geringere Ausgaben als im Vorjahr eingeplant. Daneben werden für von den Zusammenschlüssen genutzte Räume unverändert die Mietkosten übernommen. Weiterhin sind für externe Publikationen der Zusammenschlüsse Kopier-, Versand- und Druckkosten von insgesamt 70 T€ statt bisher 85 T€ vorgesehen.

Der Fonds für zentrale Druckerzeugnisse wurde auch unter Berücksichtigung der für externe Publikationen der Zusammenschlüsse einzuplanenden Kosten um 50 T€ auf nunmehr 140 T€ gesenkt.

Die Zuschüsse des Parteivorstandes an die Landesverbände im Rahmen des Länderfinanzausgleichs werden im Rahmen der erforderlichen Haushaltskonsolidierung um 400 T€ auf nunmehr 800 T€ gesenkt. Der dazu im Bundesfinanzrat einvernehmlich erarbeitete Verteilungsschlüssel orientiert sich einerseits an Kriterien wie Fläche, Wählerstimmen und Geschäftsvorfällen, berücksichtigt andererseits aber auch den tatsächlichen Mittelbedarf der einzelnen Landesverbände.

Als Zuführungen zum zentralen Wahlkampfonds sind 3.728 T€ geplant, davon 2.401 T€ aus zentralen Mitteln. Bei Einnahmeverlusten von insgesamt rund 1.000 T€ liegt die Zuführung des Parteivorstandes an den zentralen Wahlkampfonds somit um 225 T€ geringer als im Vorjahr.

Der Bundesfinanzrat hat unter Leitung des Bundesschatzmeisters im Berichtszeitraum bisher acht Sitzungen durchgeführt. Außerdem wurden bei Bedarf zwischen den Beratungen notwendige Abstimmungen im Umlaufverfahren durchgeführt. Schwerpunkte waren:

- die Vorbereitung und Auswertung der Rechenschaftslegungen der Partei sowie die Sicherstellung der hierfür erforderlichen Strukturen,
- die Entwicklung des zentralen Wahlkampfonds sowie die Bestätigung und Abrechnung von Mitteln aus diesem Fonds,
- die Beratungen zur Finanzplanung des Parteivorstandes einschließlich der Planung der Zuschüsse an die Landesverbände,
- die Überprüfung der Mitgliederdatei und Senkung der Nichtbeitragszahler/innen-Quote,
- die Erarbeitung von Vorschlägen für Satzungsänderungen in Finanzfragen,
- die Spendenkampagne im Wahljahr 2013,
- die Beratung zum Strukturkonzept für die Parteibuchhaltung,
- die Verständigung zur Weiterentwicklung des 2010 eingeführten neuen online-fähigen Programms zur Mitgliederverwaltung MGL4WEB
- die Finanzierung des Jugendverbandes.

Im November 2012 und 2013 wurden zentrale Schulungen der Buchhalterinnen und Buchhalter durchgeführt. Diese wurden auch zum Erfahrungsaustausch und zur Überarbeitung der Buchführungsrichtlinie genutzt. Dabei fand jeweils auch eine gemeinsame Beratung mit den Landesschatzmeisterinnen und Landesschatzmeistern statt.

Ab Januar 2014 gilt die neue Richtlinie für die Buchführung und Rechenschaftslegung der Partei DIE LINKE. Sie ersetzt die seit 2008 geltende Richtlinie.

Anlage: Beschlüsse des Parteivorstands vom 5. Juni 2012 bis zum Mai 2014 (außer Personalmaßnahmen)

- 2012/1 Geschäftsordnung des Parteivorstandes
- 2012/2 Sitzungsplanung des Parteivorstandes
- 2012/3 Personalverantwortung
- 2012/4 Hauptamtliche Ausübung von Parteiämtern
- 2012/6 Mietenpolitische Offensive mit Schwerpunkt, Mietrechtsänderungsgesetz
- 2012/9 Christopher Street Day 2012
- 2012/10 Berufung von Mitgliedern der Kommission Politische Bildung
- 2012/11 Konferenz linker Amtsträger/innen aus kommunalen Verwaltungen mit anschließendem Empfang
- 2012/12 Evaluation Mitgliedermagazin
- 2012/13 Umsetzung des 120-Tage-Programms
- 2012/15 Unterstützung des OB-Wahlkampfes in Duisburg
- 2012/16 Schallschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner am neuen Flughafen Berlin Brandenburg sichern
- 2012/17 Gegen einen kalten Putsch in Paraguay, Solidarität mit dem gewählten Präsidenten Fernando Lugo
- 2012/18 (G.2) Streikrecht ist Grundrecht. Für volle kollektive und individuelle ArbeitnehmerInnenrechte der Beschäftigten in Kirche, Diakonie und Caritas
- 2012/18 (G.3) Lohndumping durch Werkverträge stoppen
- 2012/18 (G.4) Bildungsschranken einreißen – weg mit dem Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern
- 2012/18 (G.5) Eurokrise: An der Rüstung sparen statt an den Menschen
- 2012/18 (G.9) Europaweit gemeinsam gegen Liberalisierung und Privatisierung der Eisenbahnen
- 2012/18 (P.2) Diskussion von Grundeinkommensmodellen
- 2012/18 (P.5) Politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen
- 2012/18 (P.6) Konzept zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen: behandelt, in Arbeit
- 2012/18 (P.7) Nominierung durch Urwahl prüfen
- 2012/19 Änderung der Reisekostenordnung -Reisekostenordnung für Mitglieder des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE
- 2012/20 Änderung der Reisekostenordnung -Ordnung für die Erstattung von Reisekosten an ehrenamtliche Funktionäre der Partei DIE LINKE
- 2012/21 Demokratie statt diktiert Bankrettung - Positionen der LINKEN zu Gabriels Bankenplan
- 2012/22 Berufung weiterer Mitglieder in die Kommission Politische Bildung
- 2012/23 Anzeige BAG Kommunalpolitik als bundesweiter Zusammenschluss
- 2012/24 Aufruf zum Weltfriedenstag 2012
- 2012/25 21. Pfingsten mit der Partei DIE LINKE 2013
- 2012/26 Aktionswoche für militärfreie Bildung und Forschung 24. bis 29. September 2012 unterstützen
- 2012/27 Eurokrise/Fiskalpakt
- 2012/8 Commons-Debatte
- 2012/28 Digitale LINKE
- 2012/29 Wahlprogramm-Erarbeitung
- 2012/30 Auswertung Blog
- 2012/31 Termin und Ort des Parteitages 2013

2012/32 Sitzungstermine des PV 2013 bis Juni 2013
 2012/33 Berufung Bundeswahlkampfleiter und Bundeswahlbüro
 2012/34 Mentoringprogramm 2013
 2012/35 Beauftragter für PolBil: erledigt
 2012/37 Mitgliedergewinnung
 2012/38 Kommunalkonferenz Neumünster
 2012/41 Wahlstrategie
 2012/43 Finanzplan 2013
 2012/45 Ordnung Mitgliederentscheide
 2012/46 Politische Zuständigkeiten PV
 2012/47 Gleichstellungsbericht
 2012/48 Zeitplan BTW-Programm
 2012/51 Beschluss Syrien Türkei
 2012/52 Jugendmesse YOU
 2012/53 Wahlkampfbudget 2013
 2012/54 Kriterien für Kandidaturen
 2012/55 Anträge an den Wahlkampffonds aus Bayern, Sachsen und
 Schleswig-Holstein
 2012/56 Bestätigung der Antikapitalistischen Linken als bundesweiter
 Zusammenschluss
 2012/57 Gedenken an Karl und Rosa (einschließlich Aufruf und Finanz-
 plan)
 2012/58 Magdeburg Nazifrei
 2012/59 Kommunalpolitische Konferenz 15./16. März 2013 in Neumünster
 2012/60 Gewerkschaftspolitische Konferenz 24./25. Mai 2013 in Ham-
 burg
 2012/61 Externe Publikationen/Zusammenschlüsse
 2012/62 Internationale Kommission
 2012/65 Studiengebühren abschaffen
 2012/68 Antwort auf die Fragen des Bundesausschusses
 2012/69 Kirchentag 2013
 2012/71 Frauenpreis 2013 für eine Person (einschließlich Finanzplan)
 2012/63 Kriterien für die finanzielle Unterstützung von Oberbürger-
 meister- und Landratswahlen durch den Parteivorstand
 2012/75 Jahrestag Fukushima
 2012/76 Antrag auf Unterstützung zur Durchführung des Politischen
 Aschermittwochs am 13. Februar 2013 in Wallerfangen
 2012/78 Schluss mit der Kriminalisierung der Anti-Nazi-
 Proteste in Dresden.Solidarität mit Tim
 2012/79 Für eine neue deutsch-französische Partnerschaft aus linker
 Perspektive
 2012/80 Einberufung des Dresdner Parteitages
 2012/81 Bestätigung BAG Gesundheit und Soziales als bundesweiter
 Zusammenschluss
 2012/82 Fest der Linken 2013
 2012/84 Wasser ist keine Ware! Privatisierung der Wasserversorgung
 stoppen
 2012/85 Zentraler Wahlkampffond
 2012/86 Delegiertenschlüssel des 4. Parteitages
 2012/87 Sitzungsplan des Parteivorstandes (2. Halbjahr 2013 bis
 zum/r Europaparteitag/Vertreter_innenversammlung, voraus-
 sichtlich 15./16. Februar 2014)
 2012/88 Information zur Neuwahl der Mitglieder des Bundesausschusses
 der Partei DIE LINKE für die Jahre 2014 und 2015
 2012/89 Finanzplan für die 2. Tagung des 3. Parteitages der Partei
 DIE LINKE vom 14. bis 16. Juni 2013 einschließlich Frauen-
 plenum am 14. Juni 2013 in Dresden

2012/90 Antrag zur Änderung für Kostenregelung Schiedsordnung
 2012/91 Beteiligung der Partei DIE LINKE an der Erarbeitung des politischen Dokuments für den 4. Kongress der Europäischen Linken
 2012/92 Christopher Street Day 2013
 2012/93 Delegiertenschlüssel der Bundesvertreterversammlung 2014
 2012/94 Zeitplan 2. Tagung 3. Parteitag
 2012/96 Kampagne gegen Kampf-Drohnen
 2013/97 Bildung der Arbeitgeber-Tarifkommission
 2013/99 Termin und Ort des Europaparteitages 2014
 2013/100 Antrag zur Verbesserung und Intensivierung der Kommunikation auf allen Parteiebenen
 2013/101 Arbeitsgremien des Parteitages
 2013/102 Zentraler Wahlkampffonds
 2013/106 Zur Veröffentlichung von Anträgen und Protokollen
 2013/107 Solidarität mit dem Widerstand in der Türkei Resolution zur Ermordung von Clément Méric: Faschistische Gewalt bekämpfen!
 2013/109 Erarbeitung des Europawahlprogramms
 2013/110 Unterstützung Demonstration „Freiheit statt Angst“ am 07.09.2013
 2013/111 Aufruf zum 1. September 2013: Drohnen ächten, Rüstungsexporte verbieten, Auslandseinsätze beenden
 2013/112 Demonstrationen des Bündnisses „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern“ am 14. September sowie Aktionen des DGB am 7. September
 2013/114 Vorbereitung und Finanzierung der Bundesfrauenkonferenz
 2013/115 Durchführung der 9. EL-Sommer-Universität (2014) durch Partei DIE LINKE
 2013/117 Mehr Gleichheit wagen – sittenwidrige Löhne per Gesetz verbieten – Einkommensgerechtigkeit herstellen
 2013/119 Termin der 2. Tagung des 4. Parteitages der LINKEN 2014
 2013/120 Konferenz FÜR LINKS IM AMT - Treffen linker Amtsträgerinnen und Amtsträger aus kommunalen Verwaltungen
 2013/121 Unterstützung Mietendemos
 2013/122 Frauenpreis
 2013/122 Europawahlkampfetat
 2013/98 Gedenktafel
 2013/122 Frauenpreis
 2013/122 Europawahlkampfetat
 2013/122 Entsendung von Vertreter_innen des Parteivorstandes in den Bundesrat Linker Frauen am 1. November 2013 in Berlin
 2013/122 Termine des Parteivorstandes bis Ende 2014
 2013/122 Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes
 2013/122 Beschluss zum sogenannten Liederbuch
 2013/128 Veröffentlichung „Diskussionsangebot Commons“
 2013/130 1a Einberufung 1. Tagung 4. Parteitag
 2013/130 1b Vorschlag GO des 4. Parteitages
 2013/130 2a Einberufung Vertreter_innenversammlung
 2013/130 2b Vorschlag GO Vertreter_innenversammlung
 2013/130 3 Terminplanung zum Parteitag
 2013/135 Finanzplan des Parteivorstandes 2014
 2013/136 Leitantrag zum Programm der Partei DIE LINKE für die Europawahl 2014
 2013/129 Beschlüsse der Bundesfrauenkonferenz
 2014/140 Externe Publikationen der Zusammenschlüsse im Jahr 2014

- 2014/141 Konferenz FÜR LINKS IM AMT - Treffen linker Amtsträgerinnen und Amtsträger aus kommunalen Verwaltungen und Übergabe des 2. Kommunalen Initiativpreises des Parteivorstandes
- 2014/142 Gremien des Hamburger Parteitages und der Vertreterversammlung
- 2014/143 Zeitplan des Hamburger Parteitages und der Vertreterversammlung
- 2014/144 Wahlverfahren zur Wahl der Europaliste
- 2014/145 Einberufung des Berliner Parteitages 2014
- 2014/146 Unterstützung des Bündnisses FRAUEN*KAMPFTAG 2014
- 2014/147 Besetzung der Jury für den Clara-Zetkin-Frauenpreis 2014 mit 2 weiblichen Mitgliedern des Parteivorstandes
- 2014/148 Wahl zum Europäischen Parlament 2014 - Strategie der Partei DIE LINKE
- 2014/149 Blockupy-Aktionen 2014

Beschlüsse des Geschäftsführenden Parteivorstandes:

- GV 2012/1 Veranstaltung mit Piratenchef
- GV 2012/2 Vorschlag zur Änderung der Reisekostenordnung
- GV 2012/3 Unterstützung Verein DIE RECHTE
- GV 2012/8 Aufruf zur Demo in Lichtenhagen
- GV 2012/11 100 Jahre KLH
- GV 2012/12 Unterstützung Pussy riot
- GV 2012/13 Flüchtlingskarawane auf Berlin
- GV 2012/14a Bundesrat LINKE Frauen 14.9.12
- GV 2012/14b Übersetzungskosten für EL
- GV 2012/16 Vorschlag zur Berufung Bundeswahlkampfleiter
- GV 2012/20 Blockupy 2012
- GV 2012/22 Kommunaler Initiativpreis Kommune 2020
- GV 2012/23 Wahlkampfstruktur
- GV 2012/24 OB-Wahlkampf in Leipzig
- GV 2012/25a Massentelefonkonferenzen
- GV 2012/25b Erinnern um zu widerstehen
- GV 2012/26 Aschermittwoch 2013 in Bayern
- GV 2012/27 Europäischer Aktionstag 14.11.2012
- GV 2012/28 Mietenkonferenz
- GV 2012/29 Mentoring Umsetzung
- GV 2012/29a Mentoring Umsetzung (Ergänzung)
- GV 2012/30 Gewerkschaftspolitischer Ratschlag
- GV 2012/31 Zetkinpreis 2013
- GV 2012/32 Internationale Kommission
- GV 2012/33 Solidaritätsprojekt Griechenland
- GV 2013/34 Deutscher Städtetag
- GV 2013/35 Beteiligung an Reha-Messe
- GV 2013/37 Gedenktafel ans KLH
- GV 2013/28 Blockupy 2013
- GV 2013/39 Traueranzeige Chávez
- GV 2013/40 VVN/BdA 8. Mai
- GV 2013/41 EL-Sommer-Uni 2013
- GV 2013/16 Landratswahlkampf Teltow-Fläming
- GV 2013/17 Cuba sí: Unterstützung fiesta de solidaridad
- GV 2013/20 Buchpräsentation mit Klaus Dörre
- GV 2013/21 Konferenz der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
- GV 2013/22 Stichwahl Landrat Märkisch Oderland
- GV 2013/23 Petition Hartz-Sanktionen abschaffen
- GV 2013/ 24 Dresden nazifrei 2014

GV 2013/ 25 Energiewende-Demo 30.11.13
GV 2013/26 Demo-Aufruf „Wir haben es satt“
GV 2013/27 Liebknecht-Luxemburg-Demo 2014
GV 2013/28 Reihe Gedrucktes
GV 2013/29 Pfingsten Werbellinsee
GV 2013/30 Historische Kommission
GV 2013/31 EL-Sommer-Uni 2014
GV 2013/32 Politischer Aschermittwoch
GV 2014/33 Massenpetition zu Volksentscheiden
GV 2014/34 Aktionsprogramm gegen Steuer-Tourismus
GV 2014/35 Aufruf zur Energiewende-Demo
GV 2014/37 Frauensonderpreis Inge Hannemann
... und etliche Beschlüsse zu Personalfragen